

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlag: Neudruck Dresden.
Fernsprecher: 25 241.
Zur für Nachgelasse: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Dezember 1925 bei dgl. zweimaliger Zustellung mit Haus 1,50 Mark.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Werbemittel berechnet: die einseitige 10 mm breite Zeile 10 Pfg., für zweiwöchige 15 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Gehalt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 30 mm breite Reklamazeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Überlaufgebühr 10 Pfg. Zusätzliche Angaben gegen Vorzusatz.

Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Konto 1066 Dresden.

Anerkannt gute preiswerte
Weine und Küche

Limbäcker

Fernsprecher 13777
Johann-Georgen-Allee 8

Die Abfindung der Hohenzollern.

Ankunft der deutschen Delegation in London. — Besprechungen über weitere Rückwirkungen.
Der Handel um die künftige Reichsregierung. — Keine wesentliche Verschiebung durch die Preußenwahlen. — Vatikan und Quirinal.

Die Grundzüge des Uebereinkommens.

Berlin, 30. Nov. Der Amtliche preussische Pressedienst teilt mit: Die Arbeiten im preussischen Finanzministerium an dem Vergleich der Staatsregierung mit dem ehemaligen Königs-Haus sind abgeschlossen. Angesichts der Tatsache, daß phantastische Ziffern über diesen Vergleich im Umlauf sind und weiter angeht, sind die wichtigsten zählenswerten Angaben des Vergleichs nachstehend: Nach dem Vergleich soll erhalten

der Staat:
Die Kronschlösser mit dem historischen Mobiliar und den Werken, die Kunstwerke in den Berliner Museen und die Schatzkammer in München; die Kroninsignien, die Verfassung über das Hohenzollernmuseum, die Hausbibliothek und das Konradshaus nach Maßgabe besonderer Bestimmungen, die Theater mit dem Theaterfundus, 111 000 Morgen Land und Forst, die Hausgrundstücke in Berlin und Potsdam mit einigen Ausnahmen, ferner die Kronschloßküche.

Das ehemalige Königs-Haus soll erhalten: einzelne Schlösser (das Palais Kaiser Wilhelm I. und das niederländische Palais, Bellevue und Babelsberg), einzelne Hausgrundstücke, das Gebrauchsmobiliar und den Familienbesitz, den rechtlichen Fonds- und Forstbesitz (rund 200 000 Morgen) und 30 Millionen Reichsmark. Die 30 Millionen entsprechen etwa dem Werte des dem Staate zufallenden Grundbesitzes (lauter Forst und Hausgrundstücke).

Das preussische Finanzministerium hat sich, nachdem die Richtlinien vom Staatsministerium gebilligt waren, zu diesem Vergleich entschließen müssen, weil das Reich bisher den Ländern eine Ermächtigung, die Vermögensauseinandersetzung unter Ausschluß des Rechtsweges nachteilig zu regeln, nicht erteilt hat, und weil andererseits angesichts des bisherigen Verlaufes der Verhandlungen die Entscheidung über die Auseinandersetzung den ordentlichen Gerichten nicht überlassen bleiben konnte. (W. T. B.)

Eine neue Schandtat in Südtirol.

Italienisierung des Walthersplatzes in Bozen.
Bozen, 30. Nov. Eine Verordnung verfügt, daß der Walthersplatz in Bozen vom 1. Dezember ab „Platz des Königs Viktor Emanuel III.“ zu heißen hat. Die Umbenennung erfolgt anlässlich des Namenfestes des Königs und wird damit begründet, daß kein Anlaß bestünde, in einer „italienischen“ Stadt einen Platz nach dem deutschen Dichter Walthers von der Vogelweide zu benennen. Die Bewohner des „Alto

Adige“ (sprich: Südtirol!) hätten größeren Anlaß, den König zu ehren, der ihnen Freiheit und „wahre Kultur“ (!) gebracht hätte. Die selbstverständliche Folge dieser Umbenennung wird dann auf dem Platz ein Denkmal des Königs Viktor Emanuel errichtet werden.

Auch hier zeigt sich wieder einmal, daß der „Geist von Locarno“, der Geist der Versöhnung, bei den anderen etwas anders aussieht, als bei uns vielfach noch angenommen wird. Der Walthersplatz in der urdeutschen Stadt Bozen, auf dem jährlich die Teilnahmsstudierenden aus aller Herren Länder zusammenströmen, war letztes Symbol des Deutschtums im Süden. Umweit von Bozen liegt der Vogelweidhof, dem der größte Dichter Tiroler Junge entstammte; ihm zu Ehren erhob sich ein weithinsehendes Standbild im Herzen der Stadt. Auch das ist nun vorüber. Wann wird der Tag kommen, an dem alle diese Schandlichkeiten gesühnt werden? Doch er kommt, ist gewiß, möchte es nur dann nicht für die unglücklichen Südtiroler zu spät sein.

Das Ende der päpstlichen „Gefangenenschaft“?

Der Papst will den Vatikan verlassen.
Rom, 30. Nov. Die „Tribuna“ mittels, hat der Papst dem Obergeneral der Franziskaner versprochen, bei der Jahrhundertfeier für Franz von Assisi im nächsten Jahre an seinem Grabe zu pilgern, d. h. also, der Papst würde damit die freiwillige Alanur durchbrechen und den Vatikan verlassen. Die Voraussetzung dafür sei, daß die italienische Regierung das alte Kloster der Franziskaner-Ordens in Assisi den Franziskanern zurückgeben habe. Diese Rückgabe ist in diesen Tagen erfolgt. Falls sich diese Rückgabe bestätigt, die in sterikalen Kreisen noch nicht recht geglaubt wird, so würde das eine Sensation bedeuten.

Die Komödie des Malleoli-Prozesses.

Rom, 30. Nov. Die Verhandlung des Matteotti-Prozesses ist auf das nächste Jahr verschoben worden. Es ist anzunehmen, daß die unmittelbar am Mord Beteiligten, Volpi, Domini und Patate, vor ein untergeordnetes Gericht gestellt werden. In jedem Falle ist mit ihrer Freilassung zu rechnen, da sie mehr der Mißschuld und nicht der Täterschaft schuldig sind. Der eigentliche Mörder, Fanfani, soll nach dem Auslande entkommen sein. Die Mißschuldigen können höchstens zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt werden. Trotzdem ist jedoch ein Jahr durch die Untersuchungsfrist verbißt, während vier Jahre unter die letzte königliche Amnestie fallen. Die Freilassung der Missetäter des Mordes, Rossi, Marinelli und Filippelli, soll in der nächsten Zeit erfolgen.

Frankreichs Valutadumping.

Die Verlegenheiten der französischen Kabinettsbildung, für die das neue Kabinett Briand vorläufig durchaus noch keine Lösung, sondern höchstens eine Etappe darstellt, lassen zwar noch nicht genau erkennen, wo das Winderbeltskabinett künftig seine Mehrheit suchen und finden wird, aber eine Tatsache läßt sich heute schon mit Bestimmtheit voraussagen: das Ende der französischen Inflation ist noch nicht gekommen. Das ergab sich schon aus der Tatsache, daß die am 8. Dezember fällig werdende Entlohnung von 1,5 Milliarde Franc sich nicht anders ermöglichen ließ, als daß man dem Kabinett Painlevé, nachdem es keinen Rücktritt bereits erklärt hatte, in der gleichen Höhe neue Vorhülle der Bank von Frankreich bewilligte. Darüber hinaus scherterte Verriots Kabinettsbildung trotz der sozialistischen Sympathien für Verriots und der beiderseitigen engen Übereinstimmung an der Weigerung Verriots, sich durch seine sozialistischen Freunde jede Möglichkeit zu vermehrter Inflation zu verschließen. Und Briand hat die Unmöglichkeit eines derartigen Versprechens dadurch dokumentiert, daß er sein Kabinett ohne Sozialisten bildete. Nichts deutet also darauf hin, daß man demnächst mit dem Abschluß einer Franco-Deutschlands-Verständigungssprache von Locarno und einer geradezu unverständlichen Toleranz der übrigen großen Wirtschaftsmächte gegenüber der wachsenden französischen Dumpingkonkurrenz viel weniger Beachtung geschenkt hat, als es die allgemeine Wirtschaftskrise fordert. Es ist bei uns und unvergeßen, mit welchem wüsten Geschrei seinerzeit beim Niedergang der Mark die deutsche Dumpinggefahr ausgenommen, und vor allen Dingen, mit welchen rigorosen Maßnahmen sie überall in der Welt bekämpft wurde. Auch heute noch — zwei Jahre nach der Stabilisierung der deutschen Währung — sind in einigen Ländern die Antidumpinggesetze in Kraft. Spanien glaubte sogar noch mehr als einjähriger Wirksamkeit des Handelsvertrages den 80 prozentigen Valutaausschlag wieder einführen zu können, um das für Spanien sehr günstige Provisorium ohne wesentliche andere Zugeständnisse einhandeln zu können. Wenn demgegenüber die überhandnehmende französische, belgische und italienische Dumpingkonkurrenz mit entschuldigenden Einweisen auf die notwendigen Folgen einer unglücklichen Währungsentwicklung nach Möglichkeit übergangen und die angebliche deutsche Dawes-Konkurrenz in den Vordergrund gestellt wird, so haben wir es hierbei wiederum mit dem Ausfluß einer doppelten Moral zu tun, die im krassen Gegensatz zu dem wahren Geist des Friedens von Locarno steht. Der Kampf gegen das Valutadumping ist zu einer brennenden Frage der Wirtschaft geworden, nachdem sich für uns infolge der französischen Valuta-Entwicklung ein neues „Loch im Weiten“ aufgetan hat, gegen das auch die erhöhten deutschen Zölle längst schon keinen Schutz mehr gewähren.

Wir dürfen uns über die geradezu verheerenden Folgen der französischen Währungsentwicklung seiner Zeitrechnung mehr imachen. Der Kurs des französischen Franken stellte sich in Berlin im Januar d. J. noch auf 22,68, während er am letzten Sonnabend 16,25 notierte. Darin liegt im Verlaufe von zehn Monaten eine Entwertung von mehr als 35 Prozent, der im Innern Frankreichs bisher kaum irrendwie nennenswerte Preisverhöhungen erfolgt sind. Das bedeutet also, daß Frankreich heute um mindestens 25 bis 30 Prozent billiger liefern kann als zu Anfang des Jahres. Und wenn man sich liefern kann als zu Anfang des Jahres, so ist das für die Warenarten noch unter 20 bis 25 Prozent des Wertes bleibt, so ist durch die Frankendewertung fast schon jeder Zoll bis zu etwa 30 Prozent völlig unwirksam gemacht worden. Da im übrigen die französischen Ausfuhrpreise sogar noch unter den Inlandspreisen in Frankreich liegen, so ist es nicht weiter verwunderlich, daß französische Waren heute in Deutschland 40 bis 50 Mark unter dem deutschen Selbstkostenpreis angeboten wird. Erschütternd sind die Einfuhrzahlen für französische Rindfleisch und Rindfleischgewinnung um 35 Prozent und mehr unter gleichzeitiger harter Steigerung der französischen Produktion. Von kaum geringerer Bedeutung ist die französische Valutaentwicklung für wichtige Zweige der deutschen Textilindustrie, für die optische, die chemische und die Automobilindustrie. Langst schon hat sich unter der Einwirkung der französischen Frankentwertung die Abhilfe in den neutralen Ländern noch vorübergehender Besserung erneut verschärft, und die deutsche Wirtschaft wird mehr und

Verhandlungen über die Kabinettsneubildung.

Besprechungen der Regierungsparteien.

Drachmeldung einer Berliner Schriftleitung.
Berlin, 30. Nov. Das Kabinett Luther wird nach der für Donnerstag oder Freitag in Aussicht genommenen Rückkehr des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers von London sofort demissionieren. Die Verhandlungen der Parteien über die Neubildung des Kabinetts werden aber zunächst in der Form von Besprechungen der noch hinter dem Kabinett stehenden Parteien schon morgen beginnen. Heute haben noch keine offiziellen Verhandlungen stattgefunden.

Die Führer der Regierungsparteien beabsichtigen, am Dienstag zusammenzutreten. Zentrum und Demokraten fordern die Große Koalition. Die Deutsche Volkspartei tritt für die Bildung einer Koalition der Mitte unter dem Reichskanzler Dr. Luther ein, während die Sozialdemokratie in ihrer Mehrheit die Große Koalition ablehnt, aber auch die Unterstützung einer Koalition der Mitte verweigert, wenn nicht ein ganz bestimmtes Wirtschaftsprogramm von der Reichsregierung anerkannt wird. Dieses Programm soll nach Ansicht der Sozialdemokratie in erster Linie die Vereinfachung großer Mittel für die Erwerbslosenunterstützung, sowie Lohn- und Gehaltssteigerungen umfassen. Die bürgerlichen Parteien legen mehr Gewicht auf Maßnahmen, die der Wirtschaft neue Auslandsvertriebe zuführen, aber gleichzeitig auch eine Steigerung der Produktion garantieren. Es ist möglich, daß diese Verhandlungen über das Wirtschaftsprogramm sich auch auf die oppositionelle Rechte erstrecken, da deren Mitwirkung an wirtschaftlichen Maßnahmen von einer Koalition der Mitte unbedingt werden kann.

Die „Germania“ nimmt heute abend in einem Leitartikel eingehend zu der Frage der Großen Koalition Stellung. Das Blatt behandelt besonders die Zusammenarbeit zwischen Volkspartei und Sozialdemokratie und schreibt hierzu: Zwei Schwierigkeiten müssen überwunden

werden. Sie liegen auf dem Gebiete der Personal- und der Wirtschaftspolitik. Es würde sich jedenfalls empfehlen, daß sich ein interfraktioneller Ausschuss aus der Deutschen Volkspartei, dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Reichspräsidenten das Recht, über uralte und dem Reichspräsidenten, über die deutsche Ehre und die deutsche denksche Volksboden, über die Verantwortung für das Zukunft zu verfahren. Wären sie die Verantwortung für das Ungeheuerliche tragen, das sie beengten haben. Das völlige Ungeheuerliche erachtet das Vaterland dadurch nicht gebunden und wird sich bei seinem Ringen um die Befreiung des deutschen Volkes und um die Wiederaufrichtung des Reiches durch diese in Weisheit erliebender Völker unerhörten Abmachungen nach seiner Richtung hin verpflichtet halten: Für das völlige Deutschland sind die Locarno-Verträge nicht vorhanden.

Der Alldeutsche Verband gegen Locarno und Hindenburg.

Berlin, 30. Nov. Zu der Annahme der Locarno-Verträge durch den Reichstag erklärt der Alldeutsche Verband eine Erklärung, in der es heißt: „Das völkische Deutschland bekennt dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Reichspräsidenten das Recht, über uralte und dem Reichspräsidenten, über die deutsche Ehre und die deutsche denksche Volksboden, über die Verantwortung für das Zukunft zu verfahren. Wären sie die Verantwortung für das Ungeheuerliche tragen, das sie beengten haben. Das völlige Ungeheuerliche erachtet das Vaterland dadurch nicht gebunden und wird sich bei seinem Ringen um die Befreiung des deutschen Volkes und um die Wiederaufrichtung des Reiches durch diese in Weisheit erliebender Völker unerhörten Abmachungen nach seiner Richtung hin verpflichtet halten: Für das völlige Deutschland sind die Locarno-Verträge nicht vorhanden.“

Schmerzlich, daß nun doch auch der verehrungswürdige Name des großen Feldmarschalls und Volksheeros in den Streit der Parteien hineingezogen wird.
Weisbaden, 30. Nov. Die britischen Besatzungsbehörden haben sich mit der Deutschen Reichsbahn über die Einrichtung einer Schnellzugsverbindung Weisbaden — Calais geeinigt.